

Zusammensetzung der Abfallstoffe gebunden, da sich mit ihr nur die organischen Bestandteile aufbereiten lassen. Voraussetzung für die Müllkompostierung ist also der Anfall von entsprechenden Müllarten, die dazu noch in ein bestimmtes Kohlenstoff-Stickstoff-Verhältnis gebracht werden müssen, damit der biologische Prozeß der Verrottung optimal vor sich gehen kann. Dies trifft im allgemeinen für eine Mischung von Hausmüll und Klärschlamm zu, nicht dagegen für eine ganze Reihe produktionspezifischer Abfälle, wie sie in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft anfallen. Aus diesen Zusammenhängen heraus erklärt sich auch die geringe Zahl von Müllkompostierungsanlagen bei den in diese Betrachtung einbezogenen Wirtschaftsbereichen. Die *Tabelle 5* zeigt die beteiligten Bereiche und die wesentlichsten Strukturmerkmale der Anlagen. Hier fällt die besondere Beteiligung von Krankenhäusern auf, wobei der Kompostierung in Mieten der Vorzug eingeräumt wird. Das mag einerseits mit den wesentlich höheren Investitionen zusammenhängen, die mit der Anlage von geschlossenen Rottezellen verbunden sind. Andererseits ist anzunehmen, daß es sich bei den kompostierten Krankenhausabfällen um Gartenabfälle handelt, die sich unter anderem aus den von Besuchern mitgebrachten Blumengeschenken ergeben.

Schwerpunkt in der Region „Mittlerer Neckar“

Allzu viele Schlüsse lassen sich einstweilen aus der regionalen Verteilung der Abfallbeseitigungsanlagen noch nicht ziehen. Dazu sind genauere Mengen- und Strukturangaben über die betriebseigene Abfallbeseitigung erforderlich, die erst mit den nicht vor Jahresende vorliegenden Ergebnissen der gegenwärtig andauernden Erhebungen zu gewinnen sind. Die in der

Tabelle 6 dargestellten Regionaldaten geben indessen schon einen Überblick über Zahl und Art der in den Stadt- und Landkreisen vorhandenen Einrichtungen.

Schon die nach den Auswahlkriterien ermittelte Zahl der zu befragenden Betriebe weist auf einen Schwerpunkt im Regierungsbezirk Stuttgart hin, zu dem der Regionalverband Mittlerer Neckar besonders beiträgt. Diesem Gewicht entspricht auch die Verteilung der Abfalldeponien und Verbrennungsanlagen. Ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Leistungskraft und Abfallaufkommen drückt sich nicht zuletzt in dem herausragenden Anteil des Regionalverbandes Mittlerer Neckar am Bruttoinlandsprodukt des Landes von 30% aus. Die zum Vergleich beigegebenen Daten aus dem öffentlichen Bereich zeigen die starke Fluktuation im Vollzug des Abfallbeseitigungsplanes, die sich bereits im Verlauf des Jahres 1975 ergeben hat. Damit ist einerseits ein erster Gesamtüberblick gegeben, andererseits aber auch verdeutlicht, daß es sich um eine Übergangssituation handelt und die jeweiligen Werte nur den Charakter einer Momentaufnahme besitzen können. Sicher wird das Ausfüllen von umweltstatistischen Erhebungspapieren von manchen Auskunftspflichtigen als lästig empfunden. Die den Aufgaben des Umweltschutzes zugewandte Fachliteratur beklagt aber durchweg den Mangel an statistischen Entscheidungshilfen gerade auf dem Sektor der Abfallbeseitigung, so daß auf diese Mühe nicht verzichtet werden kann. Sie entspricht nicht zuletzt mittelbar dem lebensnotwendigen Bedürfnis aller Bevölkerungskreise nach einem Ausweg aus der gegenwärtig noch beklagten Umweltkrise. Neben manchen kritischen Äußerungen zu den Erhebungen war bisher auch zu vernehmen, daß mit der Auskunftserteilung Impulse zu einem verbesserten Umweltbewußtsein entstanden sind.

Gerhard Schmidt

Zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit

Als Ursachen für die Jugendarbeitslosigkeit und die Lehrstellenknappheit werden zu Recht konjunkturelle, demographische und strukturelle Gründe genannt. Außerdem wird häufig auch von der Auseinanderentwicklung von Bildungs- und Beschäftigungssystem gesprochen. Während im Hochschulbereich die Kritik an einer angeblich ungenügenden Orientierung der Ausbildung an berufspraktischen Gesichtspunkten schon fast Tradition geworden ist, werden ähnliche Vorwürfe seit einiger Zeit auch gegenüber dem beruflichen Schulwesen geäußert. Hier wird häufig die nicht ausreichende Abstimmung der Lehrpläne mit der betrieblichen Ausbildung beziehungsweise der betrieblichen Praxis gerügt. In dem folgenden Beitrag soll unter anderem untersucht werden, ob das berufliche Schulsystem seine Funktion, auf den Beruf vorzubereiten, optimal erfüllt und welchen Einfluß eine eventuell mögliche Verbesserung der Ausbildung auf das Geschehen am Arbeitsmarkt haben könnte. Dieses Problem stellt sich im Zusammenhang mit der Frage, wo politische Maßnahmen zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit am effizientesten sein können, nämlich im Schulbereich oder im Wirtschaftsbereich.

Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen meist von kürzerer Dauer

Nach den Ergebnissen der amtlichen Schulstatistik waren im vergangenen Herbst von den rund 226 000 Jugendlichen,

die keinen Vollzeitunterricht mehr haben, sondern nur ein- oder zweimal in der Woche die Berufsschule besuchen, rund 7600 oder 3,4% arbeitslos. Die wenigsten von ihnen erhielten Unterricht in einer Fachklasse, die auf einen anerkannten Ausbildungsberuf vorbereitet. Vielmehr waren 90% der über 3000 arbeitslosen männlichen Berufsschüler dem allgemeinen Berufsfeld *Jungarbeiter* und fast 85% der 4500 arbeitslosen Mädchen an den Berufsschulen dem Berufsfeld *hauswirtschaftlich-pflegerische Berufe* zugeordnet. Wenn diese Jugendlichen nach länger andauernder Arbeitslosigkeit eine Lehrstelle erhalten, müssen sie den Fachstufen-Unterricht nachholen. Eine Untersuchung des Landesarbeitsamtes über die altersspezifische Dauer der Arbeitslosigkeit ergibt allerdings, daß Jugendliche unter 20 Jahren in der Regel weniger lange ohne Arbeit sind als ältere Arbeitnehmer¹. So waren von den Jugendlichen im September 1975 etwa ein Drittel (35%), von den Arbeitslosen insgesamt dagegen mehr als die Hälfte (56%) drei Monate und länger ohne Arbeit. Mehr als ein Jahr ohne Arbeit war jeder fünfzigste arbeitslose Jugendliche, während von den Arbeitslosen insgesamt etwa jeder fünfzehnte länger als ein Jahr arbeitslos war. Nur ein geringer Anteil (18%) der arbeitslosen Jugendlichen war nicht bereits berufstätig gewesen. Dies scheint dafür zu sprechen, daß das Problem der

¹ Die Struktur der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg – Ergebnisse einer Sonderuntersuchung von Ende September 1975, in: Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg – Statistische Mitteilungen des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg.

Tabelle 1

Schüler an öffentlichen Berufsschulen nach Geschlecht, Ausbildungs- bzw. Beschäftigungsverhältnis und Berufsfeld im Schuljahr 1975/76

| Berufsfeld | Männliche Schüler insgesamt | Darunter | | | | Weibliche Schüler insgesamt | Darunter | | | |
|--|-----------------------------|-------------------------|------------|--------------|------------|-----------------------------|-------------------------|-------------|--------------|------------|
| | | ohne Ausbildungsvertrag | | Arbeitslose | | | ohne Ausbildungsvertrag | | Arbeitslose | |
| | | Anzahl | % | Anzahl | % | | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Metall | 55 408 | 975 | 1,8 | 320 | 0,6 | 2 148 | 11 | 0,5 | 4 | 0,2 |
| Elektrotechnik | 19 474 | 174 | 0,9 | 64 | 0,3 | 72 | 10 | 13,9 | 8 | 11,1 |
| Bau/Holz | 11 722 | 132 | 1,1 | 23 | 0,2 | 1 292 | 5 | 0,4 | — | — |
| Farbe | 3 300 | 55 | 1,7 | 16 | 0,5 | 502 | — | — | — | — |
| Papier/Druck | 2 040 | 23 | 1,1 | 4 | 0,2 | 256 | 3 | 1,2 | — | — |
| Fotografie | 134 | — | — | — | — | 299 | — | — | — | — |
| Chemie/Physik/Biologie | 715 | — | — | — | — | 639 | — | — | — | — |
| Gesundheitsdienst | 332 | 15 | 4,5 | 1 | 0,3 | 10 593 | 87 | 0,8 | — | — |
| Körperpflege | 294 | — | — | — | — | 5 742 | 2 | — | — | — |
| Nahrung | 8 519 | 39 | 0,5 | 6 | — | 4 127 | 60 | 1,5 | 2 | — |
| Textil/Leder/Pelze | 884 | 39 | 4,4 | 6 | 0,7 | 2 360 | 36 | 1,5 | 8 | 0,3 |
| Schmuck/Edelmetall | 290 | — | — | — | — | 428 | — | — | — | — |
| Kaufmännische Berufe | 17 069 | 111 | 0,7 | 62 | 0,4 | 24 997 | 1 483 | 5,9 | 187 | 0,7 |
| Einzelhandel | 4 289 | 21 | 0,5 | 7 | 0,2 | 11 257 | 117 | 1,0 | 16 | 0,1 |
| Hauswirtsch./Pfleger. Berufe | 42 | 21 | 50,0 | — | — | 19 649 | 16 419 | 83,6 | 3 805 | 19,4 |
| Landwirtschaft/Gartenbau/Forstwirtschaft | 3 935 | 193 | 4,9 | 18 | 0,5 | 1 245 | 1 | 0,1 | — | — |
| Jungarbeiter | 8 127 | 8 127 | 100,0 | 2 602 | 32,0 | 684 | 684 | 100,0 | 224 | 32,7 |
| Berufe ohne Berufsfeld | 1 072 | 223 | 20,8 | — | — | 649 | 112 | 17,3 | — | — |
| Zusammen | 137 646 | 10 148 | 7,4 | 3 129 | 2,3 | 86 939 | 19 030 | 21,9 | 4 254 | 4,9 |

Jugendarbeitslosigkeit weniger die Folge einer unzureichenden Vorbereitung auf den Beruf ist und man die Schulen wohl nur zuletzt zum Sündenbock machen darf. Damit wird jedoch nicht ausgeschlossen, daß durch staatliche Maßnahmen und Reformen, die sich in erster Linie auf den schulischen Teil der Ausbildung beziehen, eine gewisse Linderung der Jugendarbeitslosigkeit zu erreichen sein könnte. Gesichtspunkte, die hierbei für eine größere Effizienz zu beachten sind, werden noch aufgezeigt.

Problem Bereiche Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit trennen

Von den arbeitslosen Jugendlichen strebten nur knapp 8% eine Ausbildungsstelle an. Demnach ist zwischen der Gruppe der erfolgreichen Lehrstellenbewerber und den jugendlichen Arbeitslosen deutlich zu unterscheiden. Ein erheblicher Teil derjenigen, die sich im Anschluß an den allgemeinbildenden Schulabschluß ohne Erfolg um eine Ausbildungsstelle bemühen, entschließt sich zu einem weiteren Schulbesuch. Dies zeigt auch der erwähnte geringe Anteil der arbeitslosen Jugendlichen ohne bisherige Berufstätigkeit. Eine infas-Studie, die für das Bundesgebiet im Sommer 1975 angefertigt wurde, macht dies ebenfalls deutlich: Von den Jugendlichen, die noch kurz vor Ende des Schuljahres bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz keinen Erfolg hatten, wollte sich nur jeder zwölfte Junge und jedes siebte Mädchen unmittelbar für die Alternative „Arbeit ohne Lehre“ entscheiden².

Regionale und sektorale Besonderheiten der schulischen Ausbildung stärker berücksichtigen

Die besondere bildungspolitische Problematik der Jugendarbeitslosigkeit liegt darin, daß ein steigender Anteil der arbeitslosen Jugendlichen eine abgeschlossene Lehre aufweist. Dieser Anteil stieg von Mai bis September 1975 von 22 auf 33%, bzw. die absolute Zahl von rund 2200 auf 4700. Dies weist darauf hin, daß das Bemühen, lediglich die Qualifikation der Jugendlichen, beispielsweise durch schulische Maßnahmen, zu erhöhen, nicht ausreichen kann, die Jugendarbeitslosigkeit entscheidend zu lindern. Vielmehr müssen bei der berufsspezifischen Ausbildung regionale und sektorale Bedürfnisse der Wirtschaft stärker berücksichtigt werden.

Lehrfirmen, die über ihren eigenen Bedarf hinaus Lehrlinge ausbilden, erweisen diesen nur dann einen Gefallen, wenn für diese Ausgebildeten, zumindest langfristig, auch ein Bedarf besteht. Auch überbetriebliche Ausbildungsstätten sind nicht unbedingt geeignet, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken, wenn nicht der regionalen Arbeitsmarktsituation Rechnung getragen wird. Hierbei ist die geringe Mobilität der Jugendlichen von Bedeutung. In der zitierten infas-Studie wurde die Mobilität von Lehrstellenbewerbern mit einem einfachen Indikator untersucht. Nur 15% der Befragten, die bereits eine Lehrstelle hatten, gaben an, der Betrieb liege nicht in der näheren Umgebung. Die eingangs gestellte Frage, ob es für die öffentliche Hand sinnvoller ist, ihre Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Schul- oder im Wirtschaftsbereich anzusetzen, läßt sich demnach so beantworten, daß die Abstimmung bildungspolitischer Maßnahmen mit der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur für die Effizienz von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Derzeitige Maßnahmen in Baden-Württemberg

Gegenwärtig strebt man in Baden-Württemberg in erster Linie an, Jugendlichen, insbesondere Problemgruppen, durch eine vielseitig verwendbare berufliche Grundbildung zu helfen. Um eine solche Förderung bemühen sich sowohl berufliche Schulen im Bereich des Kultusministeriums als auch die Bundesanstalt für Arbeit in Form von Grundausbildungs- und Förderungslehrgängen. Im laufenden Schuljahr setzen etwa 14 500 Schüler an einjährigen Berufsfachschulen, die berufsbezogenes Grundwissen vermitteln, oder im Berufsgrundbildungsjahr ihre allgemeinbildende Schulausbildung fort. Der erfolgreiche Besuch dieser Schulen wird auf eine eventuelle anschließende Berufsausbildung angerechnet. Da dies bei den Betrieben eine Umstellung des zeitlichen Ablaufs der Lehre erfordert, haben es solche Absolventen sogar oft jedoch noch schwerer, eine betriebliche Ausbildungsstelle zu erhalten. Maßnahmen der Landesregierung, die darauf abzielen, Jugendliche im Anschluß an den Besuch einer einjährigen beruflichen Vollzeitschule von der Berufsschulpflicht ganz zu befreien, können lediglich die Diskriminierung jugendlicher Arbeitssuchender aufgrund der Berufsschulpflicht beseitigen und so zu Linderung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen, jedoch nicht die Chancen von Lehrstellenbewerbern erhöhen. Für die derzeit etwa 2500 Teilnehmer an Grundausbildungs-, Eingliederungshilfe- und Förderungslehrgängen der Berufsberatung der Bundesanstalt für Arbeit gibt es eine solche Anrechnungsbestimmung nicht.

² infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft: Die Situation am Lehrstellenmarkt: Schülerbefragung 1975 – Betriebsbefragung 1975.

Tabelle 2

Entwicklung der Schüler an öffentlichen Berufsschulen nach Geschlecht und Ausbildungsverhältnis
 Meßzahl 1971 = 100

| Jahr | Berufsschüler | | | | Davon | | | | | | | |
|-----------------------------|---------------|-------|----------|-------|------------------------|-------|----------|-------------------------|--------|----------|--------|-------|
| | | | | | mit Ausbildungsvertrag | | | ohne Ausbildungsvertrag | | | | |
| | männlich | | weiblich | | männlich | | weiblich | männlich | | weiblich | | |
| 1971/72 | 139 259 | 100,0 | 98 329 | 100,0 | 131 198 | 100,0 | 70 204 | 100,0 | 8061 | 100,0 | 28 125 | 100,0 |
| 1972/73 | 142 660 | 102,4 | 97 342 | 99,0 | 134 427 | 102,5 | 72 174 | 102,8 | 8 233 | 102,1 | 25 168 | 89,5 |
| 1973/74 | 145 634 | 104,6 | 96 300 | 97,9 | 136 504 | 104,0 | 72 032 | 102,6 | 9 130 | 113,3 | 24 268 | 86,3 |
| 1974/75 | 145 519 | 104,5 | 94 377 | 96,0 | 133 940 | 102,1 | 76 283 | 108,7 | 11 579 | 143,6 | 18 094 | 64,3 |
| 1975/76 | 137 646 | 98,8 | 86 939 | 88,4 | 127 498 | 97,2 | 67 909 | 96,7 | 10 148 | 125,9 | 19 030 | 67,7 |
| Davon im 1. Ausbildungsjahr | | | | | | | | | | | | |
| 1971/72 | 38 488 | 100,0 | 33 071 | 100,0 | 36 124 | 100,0 | 24 607 | 100,0 | 2 364 | 100,0 | 8 464 | 100,0 |
| 1972/73 | 40 390 | 104,9 | 32 558 | 98,4 | 37 744 | 104,5 | 25 556 | 103,9 | 2 646 | 111,9 | 7 002 | 82,7 |
| 1973/74 | 39 549 | 102,8 | 31 363 | 94,8 | 36 507 | 101,1 | 23 991 | 97,5 | 3 042 | 128,7 | 7 372 | 87,1 |
| 1974/75 | 36 892 | 95,9 | 28 138 | 85,1 | 32 578 | 90,2 | 22 052 | 89,6 | 4 314 | 182,5 | 6 086 | 71,9 |
| 1975/76 | 31 155 | 80,9 | 23 455 | 70,9 | 27 222 | 75,4 | 18 363 | 74,6 | 3 933 | 166,4 | 5 092 | 60,2 |

Stärkerer Rückgang der Ausbildungsstellen als im Bundesdurchschnitt

Während der Deutsche Industrie- und Handelstag Ende 1975 gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme der Ausbildungsverhältnisse auf Bundesebene um 5400 feststellte, sank im gleichen Zeitraum die Zahl der Ausbildungsverhältnisse im Bereich der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg um ca. 8500 auf rund 102 000. Lediglich bei den Handwerkskammern war ein Anstieg der Lehrstellen um etwa 1% auf rund 64 000 festzustellen. Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr ermittelte die Gesamtzahl der Ausbildungsverhältnisse in Baden-Württemberg im Schuljahr 1975/76 mit rund 185 000. Das sind ca. 6500 Lehrstellen weniger als im Vorjahr.

Vom Landesarbeitsamt konnten von den bei der Berufsberatung als geeignet befundenen Lehrstellenbewerbern über 3000 nicht untergebracht werden. Andererseits blieben auch etwa 3000 angebotene Ausbildungsstellen beim Landesarbeitsamt unbesetzt, so daß es bei einer erhöhten Variabilität hinsichtlich der Berufswahl und bei einer größeren Mobilität der Jugendlichen möglich gewesen wäre, sämtlichen Bewerbern eine Ausbildungsstelle zu vermitteln. Dies deckt sich mit den Erfahrungen der Industrie- und Handelskammern.

Obwohl das Lehrstellenangebot auf Landesebene stärker abgenommen hat als auf Bundesebene, hat sich im Herbst 1975 in

Baden-Württemberg die Situation der Lehrstellenbewerber gegenüber dem Vorjahr eher etwas entschärft. Die Ursache ist im Rückgang der potentiellen Lehrstellenbewerber infolge der Kurzsuljahre 1966 und 1967 zu sehen: 1975 strebten nur etwa 35 000 der fast 60 000 Hauptschulabgänger, das heißt, ein Viertel weniger als im Vorjahr unmittelbar einen Beruf an. Die Kurzsuljahre wirken sich in diesem Sommer nur noch wenig aus. Der Zuwachs an Bewerbern um eine Lehrstelle gegenüber dem Vorjahr wird auf 8000 bis 10 000 zusätzliche Nachfrager geschätzt.

Inwieweit staatliche Initiativen bei einer sich auf das Lehrstellenangebot eventuell nur unwesentlich auswirkenden Veränderung der konjunkturellen Situation korrigierend oder kompensierend wirken können, läßt sich derzeit nur schwer beurteilen. Jedenfalls werden sich alle Seiten zunehmend der Gefahren einer eventuellen Verschärfung der Situation der Ausbildungsstellenbewerber bewußt. Aufgrund des sich erst nach 1980 leicht und nach 1984 verstärkt bemerkbar machen den Geburtenrückgangs ist zu erwarten, daß dieses Problem noch einige Jahre Sorgen bereiten dürfte – wenn nicht politische Maßnahmen eine entscheidende Änderung bewirken sollten oder ein länger andauernder konjunktureller Aufschwung von einer erheblichen Steigerung des Arbeitskräftebedarfs begleitet sein wird.

Dipl.-Volksw. Klaus Boeig

Buchbesprechung

Allgaier, R.: **Zur Lösung von Zielkonflikten**, Hrsg.: H. Göppel und O. Opitz, Verlag Anton Hain, Meisenheim/Glan, 95 Seiten, broschiert, 1976, DM 14,—.

Die Broschüre ist als Band 3 in der Reihe „Quantitative Methoden der Untersuchungsplanung“ erschienen. Der Autor behandelt das in der ökonomischen Praxis überaus wichtige Problem der Optimierung bei mehrfacher Zielsetzung. Nach kurzer, faßlicher Erläuterung des Problems wird das Vektor-maximumproblem formal charakterisiert und eine Reihe von Eigenschaften seiner Lösungen abgeleitet. Der Autor modifiziert sodann das Modell von Jüttler in der Erweiterung durch

H. Körth so, daß Probleme mehrfacher Zielsetzungen allgemein zu lösen sind. Anschließend wird ein linearer Ansatz zur Lösung von Zielkonflikten entwickelt und schließlich noch die Möglichkeit von Präferenzvorstellungen des Entscheidungsträgers bei der Verfolgung von Zielfunktionen in die Betrachtung einbezogen. Den Abschluß der Darstellung bildet ein einfaches Beispiel mit einer Sensitivitätsanalyse. Die Lektüre verlangt fachliche und mathematische Kenntnisse. Die Broschüre ist ansprechend gestaltet und umfaßt auch ein kleines Literaturverzeichnis.

Dipl.-Mathematiker Rolf Deininger